

IPCC Sonderbericht zu 1.5 Grad Erwartungen und politische Forderungen

Die Klimakonferenz COP21 in Paris brachte einen entscheidenden Durchbruch im Kampf gegen die Klimakrise: Die internationale Staatengemeinschaft einigte sich darauf, die Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad – möglichst 1,5 Grad – zu begrenzen. Damit einher ging ein Auftrag an den Weltklimarat IPCC: Die Wissenschaftler sollten bis 2018 in einem Sonderbericht erörtern, welche Folgen ein durchschnittlicher Temperaturanstieg von 1,5 Grad haben würde. Am 8. Oktober ist es nun soweit und der Bericht wird veröffentlicht. Doch schon jetzt deuten sich notwendige politische Konsequenzen auf mögliche Ergebnisse an.

Schon jetzt sind Klimaauswirkungen spürbar

Hinter der Einigung auf das 1,5-Grad-Limit stand die Sorge, dass höhere Temperaturanstiege sehr ernste Konsequenzen für Mensch und Natur mit sich bringen. Vor allem kleine Inselstaaten fürchten um ihr Überleben. Es wird jedoch erwartet, dass der SR15 auch schon für eine Erhöhung um 1,5 Grad negative Klimaauswirkungen aufzeigen wird. Schon jetzt sind solche Klimafolgen bei der derzeitigen durchschnittlichen weltweiten Erderhitzung um ca. 1 Grad Celsius deutlich zu spüren und messbar. Extremwetterereignisse nehmen in Ausmaß und Häufigkeit schon jetzt zu. Wird es noch wärmer, werden die Folgen nur noch schlimmer.

Der ungebremste Ausstoß von Treibhausgasen ist ein ungesteuertes Experiment mit unserem Klimasystem. Mögliche unumkehrbare Konsequenzen oder auch das Eintreten von sog. Kippunkten lassen sich nur per Risikorechnung abbilden. Momentan gehen wir diese Risiken mit Wahrscheinlichkeiten ein, die in den meisten anderen Lebensbereichen unvorstellbar wären. Niemand würde eine Flugreise antreten, bei der das Flugzeug nur zu 66 Prozent sicher landet.

Jedes Zehntelgrad zählt

Die Auswirkungen der Erderhitzung sind dramatisch: häufigere Hitzewellen und Überflutungen, massives Artensterben, womöglich irreversible Schäden an Korallenriffen, Abschmelzen der polaren Eisschicht, Meeresspiegelanstieg – die Liste ist noch weitaus länger.

Diese Risiken steigen mit jedem Zehntelgrad Temperaturanstieg. In dem Bericht werden voraussichtlich die Unterschiede schon zwischen 1,5 und 2 Grad deutlich: Eine Erderhitzung um 2 Grad wird neben den oben genannten Folgen auch größere wirtschaftliche Auswirkungen haben und die wirtschaftliche Entwicklung vieler Länder negativ beeinflussen. Die Anpassungskosten steigen, wie auch Schäden und Verluste (sog. Loss and Damage).

Die Klimaziele sind mit Bezug auf die globale Mitteltemperatur formuliert. Tatsächlich sind die Temperaturanstiege und ihre Auswirkungen aber regional sehr unterschiedlich. Gebiete wie die Arktis sind schon jetzt von überdurchschnittlichen Temperaturanstiegen betroffen. Manche besonders anfällige Ökosysteme und in ihnen lebende Arten werden sich schlechter anpassen können und somit bedroht sein.¹ Und auch die wirtschaftlichen Gegebenheiten sind weltweit sehr un-

¹ siehe auch WWF Broschüre „Artenschutz in Zeiten des Klimawandels“ hier: https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publicationen-PDF/WWF_Artenschutz_in_Zeiten_des_Klimawandels.pdf; englisches Original hier: https://www.wwf.org.uk/sites/default/files/2018-03/WWF_Wildlife_in_a_Warming_World.pdf

terschiedlich: Ärmere Regionen werden sich besonders schwer tun, sich an die Folgen der Erderhitzung effektiv anzupassen. Es bleibt dabei: Die Länder, die am wenigsten zur Erderhitzung beigetragen haben, werden am stärksten von ihr betroffen sein.

Sofort Handeln ist besser als spätes Handeln

Bei derzeitigen Emissionspfaden wird die Schwelle von durchschnittlich 1,5 Grad Temperaturanstieg schon in den 2040er Jahren gerissen. Schon jetzt haben wir ca. 1 Grad erreicht. Es ist klar: Wir können nicht so weitermachen wie bisher.

Die bisherigen Zusagen der Länder zum Pariser Klimaabkommen in Form nationaler Klimapläne (nationally determined contributions – NDCs) sind aber bei Weitem nicht ausreichend, die Klimaziele von Paris einzuhalten. Je länger effektiver Klimaschutz aufgeschoben wird, umso mehr steigen die Schäden der Klimakrise und umso teurer werden die notwendigen Anpassungsmaßnahmen. Manche Verluste wie aussterbende Arten oder verlorener Lebensraum werden unumkehrbar sein. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen eines ungebremst fortschreitenden Klimawandels sind kaum abzusehen. Der Kampf gegen die Erderhitzung ist die große Menschheitsaufgabe unserer Zeit. Investitionen in schnellen Klimaschutz sind Investitionen in eine lebenswerte Zukunft.

Um den zugesagten, fairen Beitrag zur Umsetzung von Paris zu leisten, muss die EU daher dringend ihr NDC anheben. Bis 2020 soll ein neues NDC vorgelegt werden. Dabei sollte das EU Klimaziel für 2030 von derzeit mindestens 40 Prozent Emissionsminderung gegenüber 1990 auf mindestens 55 Prozent erhöht werden. Nach Auffassung des WWF soll die EU bis spätestens 2040 treibhausgasneutral werden. Der Ambitionserhöhung darf die Bundesregierung nicht weiter im Weg stehen. Deutschland trägt als Teil der EU und weltweit eine besondere Verantwortung und muss die gesteckten Klimaziele einhalten bzw. aktiv eine Ambitionssteigerung unterstützen. Im Moment ist weder das eine noch das andere der Fall. Letztlich liegt es in der Verantwortung der Kanzlerin, hier umzusteuern. Ihre Absage an ein höheres NDC der EU kann nicht das letzte Wort bleiben. Denn eine Beteiligung der EU wird dringend nötig sein, damit sich eine wirkmächtige Staatengruppe findet, die jetzt den nötigen Prozess der NDC-Erhöhung einleitet. Die Erderhitzung wird nicht auf politische Hürden Rücksicht nehmen.

Jetzt schnell viel CO₂ einzusparen ist nötig, damit insgesamt mehr Zeit bleibt, die gesamte Wirtschaft treibhausgasneutral zu machen. Denn das Budget an Treibhausgasen, die die Menschheit noch ausstoßen kann, bevor die 1,5 oder 2-Grad-Marke überschritten wird, ist begrenzt. Es geht also darum, möglichst schnell all die Bereiche zu dekarbonisieren, in denen dies relativ einfach möglich ist. Dazu gehört der Energiesektor, der sich möglichst bald von der Kohle befreien muss. Die ältesten und dreckigsten Anlagen müssen so schnell wie möglich vom Netz. Nur so kann für schwierigere Aufgaben, wie die Dekarbonisierung der Industrie, noch etwas Zeit gewonnen werden.

Noch können wir die 1,5 Grad Celsius Grenze einhalten

Es steht zu erwarten, dass der SR15 aufzeigt, dass durch konsequente Maßnahmen und schnelles Handeln die Erderhitzung noch auf 1,5 Grad eingedämmt werden kann.

Eine derzeit diskutierte mögliche Erhöhung des sog. CO₂-Budgets in dem Sonderbericht spielt dabei allerdings kaum eine Rolle. Sie resultiert allein aus einigen methodischen (teilweise umstrittenen) Anpassungen in Modellannahmen. Alle diskutierten Budgetzahlen bestätigen die Notwendigkeit der Ambitionssteigerung und die Dringlichkeit von zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen.² Es braucht die drastische Verringerung von Energieverschwendung in Gebäuden, Industrie und Verkehr sowie Emissionsminderungen in den Bereichen Energieversorgung, Landnutzung und Landwirtschaft. Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern, allen voran der besonders schmutzigen Kohle, muss so schnell wie möglich umgesetzt werden.

² Das CO₂-Budget bemisst sich anhand sog. Konzentrationspfade während andere Modelle sog. Emissionspfade untersuchen. In der Zusammenschau beider entstehen die Ergebnisse des Sonderberichts.

Auch CO₂-Entnahme-Lösungen (Carbon Dioxid Removal) müssen diskutiert werden. Hiermit sollen Emissionen wieder aus der Atmosphäre gezogen und in Senken langfristig gebunden werden. Dabei muss natürlichen Lösungen Vorrang gegeben werden. Dazu zählt, Wälder und Moore nicht weiter zu vernichten und gleichzeitig Wiederaufforstung und die Bindung von CO₂ in Böden durch Humusaufbau zu fördern. An allererster Stelle muss weiterhin die schnellstmögliche Emissionsminderung stehen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, wenn diese Transformation noch rechtzeitig gelingen soll. Auch unser Verhalten und unser Lebensstil wird sich ändern müssen. Nur gemeinsam können wir der Erderhitzung Einhalt gebieten.

Aber uns stehen schon jetzt die wichtigsten technischen Lösungen zur Verfügung. Drastisch sinkende Kosten vor allem bei Erneuerbaren Energien erhöhen sogar die Wirtschaftlichkeit von Klimaschutz. Setzt die Politik rechtzeitig die richtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, können zukunftsfähige Innovationen gefördert und Fehlinvestitionen mit möglicherweise langen Laufzeiten (sog. „Lock-in Effekte“ und „Sunk Costs“) verhindert werden.

...und Vorteile für Mensch und Natur sichern

Es gibt keine Alternative zum Kampf gegen die Klimakrise, wenn wir unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen erhalten wollen. Die Risiken der Erderhitzung werden in einer 1,5-Grad-Welt deutlich kleiner sein als in einer 2-Grad-Welt.

Aber Klimaschutz hat bekanntlich zusätzliche Vorteile: saubere Luft, gesündere und lebenswertere Städte, anpassungsfähigere Böden, neue Arbeitsplätze in Zukunftstechnologien.

Der Sonderbericht des Weltklimarates muss daher als Katalysator für schnelles und ambitioniertes politisches Handeln wirken. Seine Erkenntnisse sollen die Grundlage des sogenannten Talanoa Dialogs während der Weltklimakonferenz in Polen bilden, wo die Möglichkeiten einer notwendigen Ambitionssteigerung diskutiert werden. Die EU und Deutschland werden hierbei eine entscheidende Rolle spielen und müssen ein deutliches Signal für mehr Klimaschutz setzen.

Forderungen an die Bundesregierung

- Wir erwarten von der Bundesregierung eine Reaktion auf die Erkenntnisse des IPCC-Berichts: Erhebliche zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen in allen Sektoren sind erforderlich.
- Auf EU-Ebene muss die Erhöhung des NDC im Einklang mit den Pariser Klimazielen bis 2020 gemeinsam mit den ambitionierten Mitgliedsstaaten verfolgt und durchgesetzt werden. Die Bundesregierung darf nicht weiterhin auf der Seite der Bremser stehen.
- Der schnelle Kohleausstieg in Deutschland, bei dem die ältesten und dreckigsten Meiler so bald wie möglich vom Netz gehen, ist ein erster wichtiger Schritt, das Klimaziel von 40 Prozent bis 2020 noch einhalten zu können. Die Kohlekommission muss hier ihren Auftrag so verstehen, mit dem Kohleausstieg die Gesamtemissionen Deutschlands bis 2020 - spätestens aber 2022 - tatsächlich um 40 Prozent zu senken.
- Außerdem geht es in den nächsten Monaten darum, die Rahmensetzung für die Transformation der Industrie-, Verkehrs- und Landwirtschaftssektoren zu beschließen, damit die Pariser Klimaziele in Deutschland in Reichweite kommen.
- Um die Einhaltung von Klimazielen auch langfristig sicherzustellen, muss das geplante Klimaschutzgesetz Ziele verbindlich festschreiben, überprüfbar machen und ggf. eine Nachsteuerung vorschreiben.

Ansprechpartnerin:

Kristin Reißig
Fachbereich Klimaschutz und Energiepolitik
WWF Deutschland
Reinhardtstr. 18
10117 Berlin
Direkt: +49 (30) 311 777-241
kristin.reissig@wwf.de